

| | | | | | | | |
|---|-------------------|---------------|---------|---------------|------------|--------------|--------------|
| Änderungsantrag Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Ersteller: Ortsamt Nordwest 1 Beteiligt: Büro der Präsidentin der Bürgerschaft Sitzungsdienst | Datum: 13.06.2013 | | | | | | |
| Uwe Michaelis (für den Ortsbeirat Groß Klein) Haushaltsplanentwurf 2013 Band IX Haushaltssicherungskonzept 2013 bis 2022 | | | | | | | |
| Beratungsfolge: <table><tr><td>Datum</td><td>Gremium</td><td>Zuständigkeit</td></tr><tr><td>19.06.2013</td><td>Bürgerschaft</td><td>Entscheidung</td></tr></table> | | Datum | Gremium | Zuständigkeit | 19.06.2013 | Bürgerschaft | Entscheidung |
| Datum | Gremium | Zuständigkeit | | | | | |
| 19.06.2013 | Bürgerschaft | Entscheidung | | | | | |

Beschlussvorschlag:

Auf Seite 59 ist die Maßnahme 2013/1.23 „ Reduzierung der Aufwendungen in den Stadtteil- und Begegnungszentren „ zu streichen.

Sachverhalt:

Die Stadtteil- und Begegnungszentren sind ein elementarer Bestandteil für die Sozial- und Netzwerkarbeit in den Wohngebieten. Durch die aktive auf den Sozialraum orientierte sozio-kulturelle Arbeit tragen diese Einrichtungen deutlich zur Verbesserung der Lebenssituation von vielen Rostockerinnen und Rostockern bei und unterstützen durch die zielgruppenübergreifende Arbeit die Verständigung der unterschiedlichen Bevölkerungsschichten.

Obwohl die Anforderungen und Bedarfe an diese Einrichtungen in den letzten Jahren stark angestiegen sind, wurden keine zusätzlichen Ressourcen für diese wichtige Arbeit in den Sozialräumen zur Verfügung gestellt.

Absehbar ist, dass sich die ESF geförderte Finanzierung der Schulsozialarbeit und der Jugendsozialarbeit ab 2014 stark verändern wird. Genaue Aussagen dazu sind zur Zeit nicht möglich. Aber im Zuge dieser Veränderungen wird es zu drastischen Einschnitten in diesen Bereichen kommen.

Eine weitere Reduzierung der Präventionsarbeit in den Rostocker Sozialräumen wird zu Qualitätseinbußen für viele Bürger der Hansestadt Rostock führen.

Eine professionell, auf Prävention ausgelegte Sozialarbeit vor Ort, wäre akut gefährdet. Es ist dann zu befürchten, dass sich die schwierigen sozialen Situationen in Rostocker Stadtteilen weiter verschärfen werden.

Darüber hinaus sind die Stadtteil- und Begegnungszentren sog. pflichtige Aufgaben im Sinne des SGB VIII.

gez. Uwe Michaelis
Ortsbeiratsvorsitzender